Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 22 (2002)
Heft: 42

Artikel: Weltsozialforum Porto Alegre : die künftige Agenda der globalisierungskritischen Bewegung

Autor: Niggli, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652148

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Niggli

Weltsozialforum Porto Alegre

Die künftige Agenda der globalisierungskritischen Bewegung

Am diesjährigen Weltsozialforum in Porto Alegre standen fünf Themen im Zentrum. Sie werden die Agenda der globalisierungskritischen Bewegung in den nächsten Jahren prägen: I. Die neue Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO). II. Fragen der Steuergerechtigkeit und der staatlichen Beihilfe zur Steuerflucht. III. Die Privatisierung der Güter, die der Allgemeinheit gehören. IV. Ein Neuanlauf zur Regulierung der Multis. Und V. eine neue Ordnung der internationalen Wirtschaftsinstitutionen.

I. Vordergründig hat die globalisierungskritische Bewegung einen Rückschlag erlitten, als die 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom November 2001 in Katar eine neue Verhandlungsrunde beschloss. Zwei Jahre nach dem Debakel von Seattle verstanden es die USA und die EU, die Widerstände der Entwicklungsländer gegen neue Handelsliberalisierungen durch entwicklungsfreundliche Rhetorik, Drohungen, minimale Konzessionen und Checkbuch-Diplomatie zu überwinden. In Katar wurde jedoch keiner der Interessengegensätze behoben, welche die WTO zwei Jahre lang blockiert haben. Die neue Verhandlungsrunde dürfte deshalb Jahre dauern und der internationalen Protestbewegung viele Hebel zu wirksamer Aktion bieten. Aktuell steht ein mögliches WTO-Investitionsabkommen analog zum MAI (Multilateral Agreement on Investment), das 1998 am internationalen Widerstand gescheitert ist, im Vordergrund. Ob darüber verhandelt wird, ist gegenwärtig umstritten: Die EU interpretiert die Schlussresolution von Katar als verbindlichen Auftrag, darüber zu verhandeln. Viele Entwicklungsländer sehen es anders. Ihnen zufolge soll die Entscheidung erst an der nächsten Ministerkonferenz fallen (2003 in Mexiko), und zwar negativ.[1] Die internationale Protestbewegung wird sich darauf konzentrieren, das Investitionsabkommen zu Fall zu bringen.

Einige afrikanische Delegierte mahnten in Porto Alegre, soziale Bewegungen in Industrieländern müssten grössere Anstrengungen unternehmen, die WTO-Politik ihrer Regierungen zu verändern. Auf die Länge könnten schwache Regierungen schwacher Staaten die Politik der Industrieländer, den Weltmarkt auf die Bedürfnisse ihrer grossen Konzerne zuzurüsten, nicht zu Fall bringen. Tatsächlich laufen die WTO-Kampagnen oft an der nationalen Politik vorbei, insbesondere in der EU. Einigermassen funktionierende Allianzen zwischen Gewerkschaften, Bauernverbänden, Umweltorganisationen und entwicklungspolitischen Kreisen gibt es in den USA, in ein paar skandinavischen Ländern und auch in der Schweiz.[2] Man kann nicht sagen, dass diese die Handelspolitik ihrer Länder prägten. Nach wie vor geben die Unternehmerverbände den Ton an.

II. Eine zweite Stossrichtung zielt auf die Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Im Zentrum der Debatten steht die Agitation für eine Tobin-Steuer auf spekulativen Währungsbewegungen; tatsächlich existiert jedoch ein ganzer Strauss von Vorschlägen für eine neue internationale Finanzarchitektur. Hier etwas zu erreichen ist allerdings schwieriger als im Handelsbereich. Die Themen sind für ein breites Publikum (und die Parlamente) sehr abstrakt – und die Opfer der Finanzkrisen leben weitab von den reichen Finanzzentren, etwa in der Türkei oder in Argentinien, das mit einer starken Delegation in Porto Alegre auffiel. Verschiedene Organisationen aus Europa, darunter auch die *Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas und Caritas*, wollen jedoch nun anhand von Fragen der Steuergerechtigkeit das Finanzmarktthema so aufgreifen, dass es sich besser politisieren lässt. Im Zentrum stehen die Steueroasen. Sie werden von allen westlichen Regierungen geduldet, weil die Business-Eliten nach legaler und illegaler Steuerflucht dürsten. Diese hat sich in den 90er Jahren jedoch so zugespitzt, dass die OECD, die EU und sogar der Internationale Währungsfonds (IWF) die Möglichkeiten zur Steuerflucht etwas begrenzen wollen. Die Schweiz ist dadurch, neben anderen Finanzplätzen, unter grossen Druck geraten.

III. Die anhaltende Privatisierung öffentlicher oder allgemeiner Güter stellt den dritten Fokus dar. In Entwicklungsländern wehrten sich in den vergangenen paar Jahren soziale Bewegungen immer heftiger gegen die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, welche in der Regel durch Programme der Weltbank und des IWF erzwungen werden. Manchmal mit Erfolg, wie die Bewegung gegen die Wasserprivatisierung in Cochabamba in Bolivien. Nichtsdestotrotz plant die Weltbank mit ihrer neuen *Private Sector Development Strategy*, private Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie im Infrastrukturbau zu pushen und mitzufinanzieren. Aktive Privatisierungsstrategien verfolgen aber auch die EU und die Administration Bush. Diese beabsichtigt unter anderem, grosse Teile der amerikanischen Sozialversicherungen der Privatassekuranz zu übertragen. Die Kampagne gegen die Verschacherung öffentlicher Güter zielt in verschiedene Richtungen.

In den laufenden Dienstleistungsverhandlungen der WTO wollen die USA und die EU öffentliche Bereiche für private Anbieter öffnen – entsprechende Gegenkampagnen werden die WTO-Kritik in den nördlichen Ländern dominieren. Die Privatisierung genetischer Ressourcen, welche durch den weltweiten Patentschutz der WTO (sogenanntes Trips-Abkommen) gefördert wird, stellt die zweite Zielscheibe dar. Vielerorts werden jedoch Bemühungen im Zentrum stehen, die private Monopolisierung der Wasserversorgungen zu bekämpfen, die für die Megastädte der Entwicklungsländer, aber auch in der EU gefördert wird.[3] Auf internationaler Ebene lobbyieren verschiedenste Gruppen für eine völkerrechtlich verbindliche Wasserkonvention, welche das Recht auf Wasser als Menschen- oder Grundrecht festschreibt.

VI. Während die Lobbies der transnationalen Konzerne die USA und die EU beknien, für sie im Rahmen der WTO oder bilateraler Handelsabkommen maximalen Rechtsspielraum und völlige Handlungsfreiheit in allen nationalen Märkten herauszuholen, arbeitet die Bewegung an der Wiederbelebung einer Idee, die in den 80er Jahren, nach der Niederlage der Begehren der Entwicklungsländer für eine neue internationale Wirtschaftsordnung, beerdigt worden ist: Eine Uno-Konvention soll die Pflichten transnationaler Konzerne verbindlich festlegen und entsprechende nationale Gesetzgebungen stützen. Die Kampagne dafür wird an der Rio+10-Folgekonferenz der Uno vom Herbst 2002 in Johannesburg eröffnet. Die Multis selber wollen nur ihre Rechte gesetzlich festschreiben, nicht jedoch Pflichten. Ihre diesbezüglichen Bemühungen gipfelten im *Global Compact* der Uno, in dem sich führende Konzerne freiwillig auf gewisse soziale und ökologische Standards verpflichteten. Ihnen zufolge dient der *Global Compact* dazu, jede gesetzliche Regelung ihres Verhaltens zu verhindern.

V. Der Umgang mit den gegenwärtigen internationalen Institutionen war die vielleicht offenste Frage, welche in Porto Alegre zur Sprache kam. Walden Bello sprach für viele aus dem Süden, als er die Alternative zum gegenwärtigen System als „Deglobalisierung" charakterisierte. Es ging ihm dabei nicht um den Rückzug auf nationale Inseln, sondern darum, die marktradikale Ideologie der gegenwärtigen globalen Wirtschaftsinstitutionen zu überwinden. Ihm zufolge sollen WTO, Weltbank und IWF „entmächtigt", „neutralisiert" und in ihrem Einfluss „reduziert" werden. Dieser Richtung schwebt eine intellektuell und institutionell pluralistische *global governance* vor, in der Uno-Organe auf Kosten der Wirtschaftsinstitutionen gestärkt werden.

Insofern sich „Deglobalisierung" dagegen richtet, alle Länder, ungeachtet ihrer Unterschiede, in dasselbe Korsett neoliberaler Dogmatik zu pressen, besteht Einigkeit. Hingegen finden es Teile der Bewegung, darunter Gewerkschaften und Umweltorganisationen, attraktiv, die Zwangsmittel der WTO oder eines WTO-ähnlichen Gebildes zur weltweiten Durchsetzung von sozialen oder ökologischen Standards zu benutzen. Ohnehin gibt es eine Neigung der Opposition dazu, *global governance* dort verbindlich zu gestalten, wo es die eigenen Ziele und Vorstellungen betrifft. Problematisiert wurde in Porto Alegre auch das Verhältnis zwischen Demokratie und Institutionen der *global governance*, weil sich demokratische Auseinandersetzungen und Entscheidungen auf Weltebene nur schwer vorstellen lassen.

Alle Debatten waren sich des neuen weltpolitischen Umfelds seit dem 11. September wohl bewusst. Die imperiale Aussenpolitik der USA und ihr zeitlich und örtlich unbegrenzter Krieg gegen den Terror drohen die Bedingungen zu verschieben, in denen die globalisierungskritische Bewegung gross geworden ist. Verschiedene Konferenzen und Workshops beschäftigten sich damit, nur ergaben sich daraus (noch) keine klaren Handlungsleitlinien.

Zwei Fragen zum Schluss. Wo ist nun die Alternative, die „andere Welt", von der auf dem Weltsozialforum behauptet wurde, dass sie möglich sei? Und welche Rolle spielt das Forum in der globalisierungskritischen Bewegung?

Es ist meines Erachtens eine Stärke, dass die Alternative, welche das Forum behandelt, nicht im Singular, sondern im Plural daherkommt. Die Alternative wird nicht als teleologisches Endziel, wie zum Beispiel „Kommunismus", konzipiert, sondern als offenes Bündel verschiedenster Reformvorschläge, die praktische Politik erlauben, das „System" aber doch ziemlich umstülpten, wenn sie realisiert würden.[4]

Dem entspricht die Organisation. Die OrganisatorInnen konzipieren das Weltsozialforum als offene Plattform der Begegnung und des Austausches von Ideen. In einer Charta der Prinzipien halten sie explizit fest, das Forum sei keine Organisation, fasse keine Beschlüsse und ermächtige niemanden, im Namen des Forums zu sprechen.[5] Modisch definieren sie das Forum als „Prozess" einer „Bewegung von Bewegungen". Tatsächlich liegt denn auch vom Forum keine Schlussresolution vor und ist niemand gehalten, irgendwelche Beschlüsse umzusetzen. Der politischen Wirkung tut dies keinen Abbruch.

Am Rande der Veranstaltungen von Porto Alegre wurde dieser Charakter des Forums verschiedentlich kritisiert. Die Kritik galt auf der einen Seite dem organisatorischen Übergewicht des brasilianischen Partido de Trabalho, der die Regierungen in Porto Alegre und im zugehörigen Bundesstaat Rio Grande do Sul stellt und ohne deren logistische und politische Unterstützung das Forum nicht geworden wäre, was es heute ist. Diese Kritik ist vor allem eine innerbrasilianische Angelegenheit und wird sich damit erledigen, dass das vierte Weltsozialforum 2004 in Indien stattfinden wird. Auf der anderen Seite kritisierten Delegierte, sie hätten keinerlei Einfluss auf die Wahl der RednerInnen an den grossen Konferenzen gehabt, und verlangten daher eine „Demokratisierung" des Forums.

Meiner Ansicht nach wäre dies der Tod des Weltsozialforums. 2002 beteiligten sich 5000 Bewegungen und Organisationen aus allen Kontinenten am Forum. „Demokratisierung" bedingte, diese 5000 und mehr in einer „Organisation" zusammenzubringen, die Entscheidungen fällen kann. Unweigerlich würde ein solcher Prozess die äusserst vielfältigen weltanschaulichen und kulturellen Hintergründe sowie politischen Zielsetzungen in den Vordergrund rücken und zuspitzen – und damit viele von einer Teilnahme effektiv ausschliessen. Das Weltsozialforum soll keine Internationale sein, sondern ein Ort der Konvergenz von Organisationen und Bewegungen nationaler und internationaler Reichweite. Und das Forum soll auch nichts entscheiden, sondern ein Ort der gegenseitigen Befruchtung und politischen Verständigung bleiben.

Anmerkungen

1 Im gleichen Sinne umstritten sind Verhandlungen um Wettbewerb und das öffentliche Beschaffungswesen. In allen drei Bereichen wünscht die EU, den Zutritt von multinationalen Konzernen zu nationalen Märkten zu vergrössern und den Spielraum von Regierungen, einheimische Firmen zu bevorzugen, drastisch einzuschränken.

2 In der „Schweizer Koordination gerechter Welthandel" sind die beiden nationalen

Gewerkschaftsbünde, alle Bauernverbände, die grossen Konsumenten- und Umweltorganisationen sowie die Hilfswerke und viele kleinere Gruppen vertreten.

3 In der Schweiz hat die Arbeitsgemeinschaft zu diesem Zweck den „Arbeitskreis Wasser – ein öffentliches Gut" initiiert, in dem Hilfswerke, Gewerkschaften, Umwelt- und Konsumentenorganisationen sowie der Bauernverband zusammengeschlossen sind. Die Wasserprivatisierung steht in der Schweiz ganz am Anfang, wird aber durch den führenden Wasserkonzern Vivendi doch als so vielversprechend eingeschätzt, dass er 2001 in Genf eine Niederlassung eröffnet und dem Schweizerischen Gas- und Wasserfachleuteverband beigetreten ist.

4 Einige Stars der Bewegung, die sich im *International Forum on Globalization* zusammengefunden haben, propagierten am Forum eine Publikation mit dem Titel „Alternatives to Economic Globalization", die den umfassendsten Überblick über alle Reformvorschläge gibt, die sich in den letzten zehn Jahren herauskristallisiert haben. Nähere Information siehe: www.ifg.org.

5 Es gibt einen *International Council of the World Social Forum,* dem einige Dutzend internationaler Netzwerke und bedeutsamer nationaler Organisationen angehören. Dieser Rat bereitet zusammen mit dem brasilianischen Organisationskomitee das WSF vor. Für seine Zusammensetzung und die *Charter of Principles* siehe www.forumsocialmundial.org.br.

bokos

bokos druck
Badenerstrasse 123 a
8004 Zürich

Tel. 01 241 31 80
Fax 01 241 31 81

email
info@bokos.ch
www.bokos.ch

- *Dissertationsdruck*
- *Taschenbücher*
- *geheftete Broschüren*
- *Journale*